



5. 2000, Nr. 10

der forschungsdienst

agentur für wissenschaftsinformation

Migrationsforschung

Zuwanderung aus dem Süden überschätzt

Ost-West-Bewegungen viel stärker

Mit realen Einwanderungschancen gegen Schleuserkriminalität

(dfd) Wanderungen gehören seit jeher zur „conditio humana“. Es gibt Aus-, Ein- und Binnenwanderungen. Wirtschaftliche, berufliche, religiös-weltanschauliche, politische oder ethno-nationalistische Gründe können Anlass zur Migration sein. Die europäische Wanderungsgeschichte vom 18. bis Ende des 20. Jahrhunderts ist Gegenstand einer Studie. Untersucht wird der Raum von Skandinavien bis zum Mittelmeer und von den britischen Inseln bis nach Ost- und Mitteleuropa.

„In der frühen Neuzeit gab es eine Vielfalt von Wanderungsbewegungen über kleine, mittlere und weite Distanzen“, erklärt Professor Klaus J. Bade vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück. So sei das 18. Jahrhundert geprägt worden durch die Erwerbsmigrationen, die unter anderem Architekten, Künstler, saisonale Arbeitswanderer, Händler, Söldner und Seeleute betrafen, die großen Siedlungswanderungen, transatlantische Migrationen sowie durch Flüchtlings- und Vertriebenenwanderung. Hintergrund vieler Wanderungsbewegungen war das Missverhältnis von Bevölkerungswachstum und Erwerbsangebot, das sich vor allem in den ländlichen Gegenden bemerkbar machte. Das Wanderungsgeschehen des 19. Jahrhunderts wurde insbesondere durch den allgemeinen Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft bestimmt. „Es ist das Zeitalter der proletarischen Massenwanderungen in Europa und Übersee, das durch den von den Arbeitswanderern betriebenen Ausbau der Infrastrukturen und eine daraus resultierende Verdichtung der Verkehrsnetze begünstigt wurde“, sagt Bade.

Deutschland, Holland, Frankreich, England, Dänemark, die Schweiz, Polen und Irland zählten zu den wichtigsten europäischen Auswanderungsländern. Der für das 19. Jahrhundert charakteristische Massenexodus in die „Neue Welt“ wurde durch die verkehrstechnischen Revoluti-

dfd-Hintergrund**Institut für
Migrationsforschung**

Das 1991 gegründete Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück beschäftigt sich mit vielfältigen Aspekten räumlicher Mobilität und interkultureller Begegnung in Geschichte und Gegenwart. Gründungsdirektor Professor Klaus J. Bade leitete es bis 1997. Das Institut ist ein international renommiertes Zentrum wissenschaftlicher Forschung und interdisziplinärer Begegnung. Dort arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Fachbereichen. Zum IMIS gehört das Graduiertenkolleg der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Migration im modernen Europa“. Am IMIS erscheinen drei Schriftenreihen, die mittlerweile 25 Bände umfassen: die IMIS-Schriften, die IMIS-Beiträge und die Studien zur Historischen Migrationsforschung.

onen des 19. Jahrhunderts ermöglicht. Transatlantische Brücken, die durch Waren-, Kapital- und Menschenbewegungen schon vor dem Industriezeitalter geschaffen wurden, transatlantische Informationsnetze, Auswanderungsagenten und Schifffahrtsagenturen unterstützten die massiven Auswanderungsbewegungen.

Doch nicht nur die Aussicht auf bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch politische Motive verstärkten den weltweiten Aus- und Einwanderungszustrom. Als Ursachen für die großen politischen Fluchtbewegungen des 19. Jahrhunderts führt Bade vor allem die ungeklärten Verfassungs- und Territorialfragen der Länder an, die unter napoleonischer Herrschaft gestanden hatten. Der Wiener Kongress hatte 1815 zwischen den europäischen Mächten ein System des Gleichgewichts geschaffen. Verfassungsbestrebungen, nationale und soziale Bewegungen galten damals als Gefährdung für dieses europäische Gleichgewicht und seien, so Bade, rücksichtslos verfolgt und unterdrückt worden. Dadurch stieg die Zahl der politischen Flüchtlinge stark an. Dies gilt besonders für die Zeit von 1820 bis 1848/49, die zu einer bedeutenden Epoche des politischen Exils wurde. Die politische Fluchtbewegung im 19. Jahrhundert verlief in mehreren Etappen; Frankreich, Belgien, die Schweiz und England waren die wichtigsten europäischen Auswanderungsländer. Das 20. Jahrhundert brachte mit den beiden Weltkriegen noch weit gewaltigere Flucht- und Vertreibungswellen, weshalb es auch das „Jahrhundert der Flüchtlinge“ genannt wird.

Migration blieb während des Kalten Krieges ein zentrales politisches Thema in Europa. Erst sein Ende bedeutete eine Zäsur für die Einwanderungspolitik. „Das Ende des Kalten Kriegs zog auch ein Ende der migratorischen Teilung Europas nach sich. Es trat eine Normalität bei den Ost-West-Wanderungen ein, aber es entstanden auch Bedrohungsvisionen von einem Europa unter einem wachsenden Wanderungsdruck“, fasst Bade zusammen. Am Ende des 20. Jahrhunderts bestimmten die politischen und publizistischen Projektionen und Visionen die Migrationspolitik in der Europäischen Union, deren Integration mit der Abgrenzung nach außen und dem unscharfen Stichwort „Festung Europa“ einhergehe. Die Zuwanderung aus der „Dritten Welt“ werde in Europa nach wie vor überschätzt und mit Angst betrachtet, so Bade. Darauf richteten sich

mehr sicherheits- als entwicklungspolitische Konzepte. Und dies, obwohl die Süd-Nord-Migration nach Europa in den 90er Jahren um weniger als zwei Prozent, die Ost-West-Migration um mehr als 20 Prozent angestiegen sei. Der mit Abstand größte Teil der Wanderungsbewegungen, der fast 120 Millionen Menschen umfasst, verlief jedoch am Ende des 20. Jahrhunderts innerhalb der „Dritten Welt“ - zu einem Drittel allein in Afrika. Europa sei hiervon zu knapp fünf Prozent betroffen.

In Deutschland werde viel über eine Überlastung durch Zuwanderung geklagt. Gemessen an der Bevölkerungszahl stehe Deutschland aber mit seinen Ausländerzahlen in Europa erst an fünfter Stelle. Hinzu komme, dass Ausländeranteile, so Bade, ein schlechter Indikator für Einwanderungsprozesse seien. Die hohen Ausländeranteile in Deutschland seien weitgehend ein hausgemachtes Problem: Die Einbürgerungsraten lagen und liegen in anderen europäischen Staaten zum Teil sehr viel höher, weshalb es dort zwar sehr viele Einwanderer, aber deutlich weniger Ausländer gibt. „Die Rede von der Festung Europa ist richtig und falsch zugleich“, sagt Bade. Sie sei falsch, weil Europa für viele Zuwanderer, die auf nationalen Ebenen erwünscht oder aufgrund europäischen Rechts toleriert wurden, offen geblieben sei. Es handele sich meist um privilegierte Minderheiten, um Arbeitswanderer oder Bildungs- und Ausbildungswanderer. In begrenztem Umfang seien es auch Flüchtlinge und Asylsuchende, in jedem Fall aber eine vergleichsweise überschaubare Zahl. Die Rede von der Festung Europa sei richtig, wenn man die Zuwanderungsbeschränkungen und die Abwehr unerwünschter Emigranten betrachte, die den Ausschluss einer viel größeren Zahl bedeuteten. „Migrationspolitik mit realen Einwanderungschancen als Mittel gegen Schleuserkriminalität und die Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Wanderungen können zu einer Entspannung des Verhältnisses von Politik und Migration beitragen“, lautet Bades Fazit. Dies sei dringend geboten: Schließlich habe sich auch der Homo sapiens als Homo migrans über die Welt ausgebreitet.

Bettina Gutierrez (dfd)

Kontakt:
Prof. Dr. Klaus J. Bade
Universität Osnabrück
Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle
Studien
Neuer Graben 19/ 21
D-49069 Osnabrück
Tel:+49-(0)541/9694377
oder 9694384
Fax:+49-(0)541/9694380
E-mail:imis@rz.uni-
osnabrueck.de

Literatur:
Klaus J. Bade
Europa in Bewegung.
Migration vom späten 18.
Jahrhundert bis zur Gegenwart
Verlag C.H.Beck
München 2000